

## KURZ NOTIERT

von Ariane Grubauer

Die Autorin ist Absolventin des Masterstudiengangs Southeast Asian Studies und Lehrbeauftragte an der Universität Passau.

### Sperrung von islamistischen Webseiten

Anfang April 2015 hatte die *National Counterterrorism Agency* die Sperrung von 19 Webseiten veranlasst, die nach ihrer Einschätzung radikales, islamistisches Gedankengut verbreiten – ein Schritt, der in der indonesischen Öffentlichkeit unterschiedlich aufgenommen wurde. Unterstützung für das Vorgehen der Regierung signalisierte Asad Said Ali, stellvertreten-

der Vorsitzender der Geschäftsführung der *Nahdlatul Ulama*. Er forderte zur Sperrung weiterer Webseiten mit mutmaßlich radikalen Inhalten auf. Auf der Gegenseite kritisierten Aktivisten das Vorgehen der Regierung als Beschneidung des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Nur ein Gerichtsverfahren wäre eine legitime Grundlage für eine Sperrung gewesen.

Nachdem die Betreiber von 12 der ursprünglich 19 blockierten Webseiten in einen Dialog mit der Regierung getreten und ihren guten Willen [zur Zusammenarbeit] signalisiert hatten, wurden deren Angebote wieder freigeschaltet, sollen jedoch weiterhin beobachtet werden.

*Jakarta Globe* 1.4.2015 & 7.4.2015

*Tempo.co* 11.4.2015

*ANTARA News* 9.4.2015 & 10.4.2015

### Entwicklungsstrategie: Von Top-Down zu Bottom-Up?

Der ehemalige Präsident Indonesiens Yudhoyono (SBY) hatte den im Jahr 2000 verabschiedeten Millennium-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen sowohl rhetorisch als auch in der praktischen Politik einen hohen Stellenwert eingeräumt. Unter den Schlagworten *pro-growth*, *pro-poor*, *pro-jobs* und – seit 2007 – *pro-environment* hatte er groß angelegte landesweite Programme zum Beispiel den »Masterplan for Acceleration and Expansion of Indonesia's Economic Development (MP3EI)« ins Leben gerufen. In diesem Rahmen wurden Gelder der Zentralregierung den einzelnen Landesteilen zur Umsetzung der von der Zentralregierung

anvisierten Entwicklungsprogramme zugeteilt. Problematisch war, dass auf lokaler Ebene entwickelte Ansätze meist kein Gehör und damit auch keine Finanzierung fanden, und dass dieses Top-Down-Vorgehen den besonderen lokalen Entwicklungsbedürfnissen nicht Rechnung tragen konnte.

Dass Joko Widodo (Jokowi) methodisch einen anderen Weg einschlagen wird, analysieren Dinna Wisnu und Frans Supiarso. Einen Hinweis darauf sehen sie in seiner Ansprache gegenüber den Mitgliedern des von ihm gegründeten *Transition Teams*: »Ich möchte, dass Sie Programme mit konkreten Ergebnissen und klaren Zielen entwerfen – einfach

und umsetzbar. [...] Auch können wir nicht alles mit staatlichen Geldern umsetzen; deshalb identifizieren Sie bitte andere Quellen, die diese Programme unterstützen können.« Inhaltlich scheint Jokowi jedoch die Selbstverpflichtung zum Erreichen der internationalen Entwicklungsziele mit seinem Vorgänger zu teilen. Denn auch wenn sich Jokowi in der Formulierung seiner politischen Ziele nicht auf die aktuell von der Weltgemeinschaft diskutierte Post-2015-Entwicklungsagenda bezogen hat, stellen die Sozialpolitik und Entwicklungsförderung einen wichtigen Baustein seiner politischen Agenda dar.

*Inside Indonesia* 10.2.2015

### Abholzung im Namen des Wirtschaftswachstums

Der Regenwald in Indonesien verschwindet – auch aufgrund der gestiegenen Nachfrage nach Palmöl – mit alarmierender Geschwindigkeit. Trotzdem sagte Prabianto Mukti Wibowo, Assistent des indonesischen Forstbeauftragten, Ende März 2015 bei einer Konferenz der Weltbank in Washington, dass die Sorge um Abholzung primär ein Anliegen der reichen Länder sei: »Wir wissen, dass unsere Hauptkun-

den sich nicht um die Abholzung kümmern.« Asiatische Handelspartner, z. B. Indien, China und Pakistan, kaufen etwa 55 Prozent des indonesischen Palmöls, während nur acht Prozent der Exporte nach Europa gehen. Trotzdem übe Europa großen Druck auf Indonesien aus, die Abholzung und das Abbrennen von Wald zugunsten von Palmöl-Plantagen zurückzuschrauben. Aber die Einnahmen aus dem

Palmöl-Geschäft seien wichtig für die Bekämpfung der Armut im Land, erklärte Wibowo. Von dem Geld könne die Infrastruktur verbessert und Schulen gebaut werden. Die Industrie schaffe zudem fünf Millionen Arbeitsplätze, von denen 15 Millionen Indonesier profitierten.

*Reuters* 25.3.2015

*VOA Indonesia* 26.3.2015